

Bezugspreis:  
Erscheinungsbild 105.- M. monatlich 35.- M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 35.- M. einjährig 3,50  
Erscheinungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, Saar u. Rhein-  
gebiet, sowie Österreich u. Burgenland  
60.- M. für das übrige Ausland  
87.- M. Postbestellungen nehmen  
an Belgien, Dänemark, England, Est-  
land, Finnland, Frankreich, Holland,  
Estland, Burgenland, Österreich,  
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei  
und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montage einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:  
Die einspaltige Komparatabelle  
kostet 18.- M. — Reklameweile 30.- M.  
„Kleine Anzeigen“ das fertige Wort  
10.- M. (zählend zwei fertige  
gedruckte Worte), jedes weitere Wort  
3.- M. Stellengruppe und Schluß-  
stellenanzeigen das erste Wort 2,50 M.,  
jedes weitere Wort 1.- M. Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten Seite 8.- M.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Kontopfakt. Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moriaplas 15195-97  
Expedition Moriaplas 11753-54  
Freitag, den 5. Mai 1922  
Vorwärts-Verlag G.m.d.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moriaplas 11753-54

## Burgfrieden mit Ruhrbesetzung!

### Wie ihn Poincaré auffaßt.

Paris, 4. Mai. (WTB.) Ueber die heute vormittag stattgehabte Kabinettsitzung berichtet Havas eine halbamtliche Note, in der gesagt wird, der Kabinettsrat habe einstimmig den Abschluß eines Paktes, der den gegenseitigen Nichtangriff der Staaten sicherstellt, angenommen, unter der Bedingung, daß Rußland ihm zustimme. Das ganze Interesse des neuen diplomatischen Paktes besteht tatsächlich darin, daß Rußland sich verpflichten werde, seine Nachbarn nicht anzugreifen, und das dasjenige für zehn Jahre als endgültig angesehen werde, was als territoriale Regime durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegt sei, an dem Rußland nicht teilgenommen habe. Deutschland sei demgegenüber schon dadurch, daß es diesen Vertrag unterzeichnet habe, verpflichtet, die festgesetzten Grenzen zu respektieren. Der Pakt dürfe dem Recht auf Sanktionen, das die Alliierten aus dem Friedensvertrag von Versailles herleiten, im Falle Deutschland sich einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen schuldig mache, nicht Abbruch tun. Es müßten ferner die großen internationalen Verpflichtungen erfüllt werden, durch die die Habsburger und Hohenzollern vom Thron entfernt worden seien, sowie auch die Abkommen von Neuchâtel, beispielsweise das französisch-belgische Abkommen oder das Abkommen, das die Kleine Entente bindet. Endlich dürften keine anderen Entwaffnungsmahnahmen aufgewungen werden als die, die Artikel 8 des Völkerbundsstatuts vorseht. In besonderer Weise müsse übrigens der neue Vertrag die Verpflichtung erfüllen, die Artikel 10 des Völkerbundsstatuts vorsehe, indem er gegebenenfalls die Mächte, die wie Deutschland und Rußland noch nicht dem Völkerbund angehören, verpflichte.

Burgfrieden — aber Frankreich darf marschieren. Burgfrieden — aber Frankreich braucht nicht abzurufen, das ist das Programm Poincarés. Frankreich behält alle Rechte, seine Militärherrschaft in Europa zu befestigen, Deutschland und Rußland sollen neue Verpflichtungen aus der Völkerbundsakte übernehmen, ohne dem Völkerbund anzugehören. Das ist das Programm Poincarés. Deutschland erhält keinerlei Sicherung der bisher nicht besetzten Gebiete gegen neue militärische Einmärsche, soll aber dennoch noch einmal, gewissermaßen freiwillig, die Grenzen anerkennen, die ihm in Versailles diktiert worden sind. Das ist das Programm Poincarés, wie man sieht, ein vortreffliches Programm für eine Konferenz von „Gleichberechtigten“.

Würde die Konferenz von Genua mit dem Abschluß eines solchen „Burgfriedens“ beendet werden, so würde sie damit im Hohngeächter der Welt untergehen.

### England besteht auf der Signatarmächte-Konferenz.

Genua, 4. Mai. (WTB.-Sonderbericht.) Die englische Delegation teilt mit: Bezüglich des Planes einer Versammlung der Signatarmächte des Versailler Vertrages bleibt der englische Standpunkt nach wie vor der gleiche, d. h. man hält es für nützlich und notwendig, daß diese Versammlung vor dem 31. Mai stattfindet und zwar in Genua oder in dessen unmittelbarer Umgebung. Von französischer Seite liegt bei der britischen Delegation keinerlei neue Mitteilung vor; man erwartet die Rückkehr Barthous, der neue Instruktionen mitbringen wird.

### Die deutsch-englische Besprechung.

Genua, 4. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Mit der Abreise Barthous von Genua ist die Konferenzmaschine zurzeit in Stillstand geraten. Die großen Fragen, die ihrer Entscheidung harren, werden zwar unter der Hand besprochen, jedoch erst entschieden, wenn Barthou wieder eingetroffen ist. Es ist bestimmt anzunehmen, daß Lloyd George nach der Rückkehr des französischen Delegationsführers Gelegenheit nehmen wird, den Barthou vor der Abreise mit dem Barthou nach der Rückkehr in Vergleich zu stellen. Man muß jedenfalls auf neue Zwischenfälle gefaßt sein, da die englische Delegation nicht beabsichtigt, das mit großer Mehrheit angenommene Memorandum zurückzuziehen, um Änderungen nach Poincarés Auffassung vorzunehmen. Man ist sich klar darüber, daß ein derartiges Verhalten ein günstiger Vorwand für die russische Delegation sein könnte, unter Zustimmung der breiten Öffentlichkeit Europas das Memorandum abzulehnen und zieht deshalb lieber einen Sondervertrag vor. Andererseits aber spricht auch das eine Moment bei der englischen Haltung mit, daß den Russen von allen Seiten Verträge angeboten werden.

Die russische Delegation ist sich ihrer eigenen Stärke bewußt und wartet zunächst erst den Verlauf des Konflikts zwischen Barthou und Lloyd George ab, bevor sie eine Antwort auf das Memorandum ausarbeitet.

Von dem Ausgang des Konflikts wird auch der Gang der Konferenz, insbesondere die Pakt-Angelegenheit abhängen. Kommt man über das Memorandum nicht zu einer Verständigung, dann wird auch diese Frage vorläufig hinhängig sein. Lloyd George bewachte die heutige Besprechung zwischen ihm, Wirth und Rathenau,

die Frage des Paktes und die Beteiligung Deutschlands zu erörtern. Da alles noch in der Schwebe ist, tut man vorläufig gut, nur die ernsthaften Friedensabsichten Lloyd Georges hervorzuheben. Neben den sonstigen allgemeinen politischen Fragen und Angelegenheiten, die die Konferenz betreffen, wurde auch die Reparationsfrage erörtert, und der englische Ministerpräsident äußerte, zu dieser Frage erst dann endgültig Stellung nehmen zu können, wenn Barthou von Paris zurückgekehrt ist. So hängt vieles von der Rückkehr Barthous ab.

### Reparationsauschuß und Rapallo-Vertrag.

Paris, 4. Mai. Die Reparationskommission hat an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet: Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schreibens der deutschen Regierung vom 29. April 1922 zu bestätigen, in welchem ihr der offizielle Text des Vertrages von Rapallo entsprechend dem Wunsche der Kommission vom 20. April mitgeteilt wurde. Nach einer ersten Prüfung und unter Vorbehalt aller weiteren Bemerkungen, welche später vorgebracht werden könnten, wünscht die Kommission schon jetzt das nachstehende auszuführen:

1. Im Artikel 2 des Vertrages von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der Anwendung der Befehle und Maßnahmen der Sowjetrepublik, welche die deutschen Reichsangehörigen, ihre privaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen Länder betroffen haben. Dieser in allgemeinen Wendungen ausgedrückte Verzicht enthält weder eine Einschränkung noch einen Vorbehalt. Die Reparationskommission bemerkt dabei, daß die deutsche Regierung nicht auf Rechte verzichtet kann, welche von dieser Regierung auf die Reparationskommission gemäß Art. 280 des Vertrages von Versailles übertragen worden sind oder übertragen werden müssen. Die Kommission nimmt an, daß dies nicht die Absicht der deutschen Regierung oder der Sowjetrepublik gewesen ist. Um aber jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr dies zu bestätigen.

2. Der Verzicht in Art. 2, so wie er dort ausgedrückt ist, scheint ebenfalls auf die Rechte des Reiches und der deutschen Länder, wie auf die der deutschen Reichsangehörigen Anwendung zu finden. Unter Bezugnahme auf Art. 248 des Vertrages von Versailles wünscht die Reparationskommission eine vollständige Angabe aller Rechte des Reiches und der deutschen Länder zu erhalten, die den Gegenstand eines Verzichts bilden könnten, sowie der Gründe, aus denen die Zustimmung der Kommission nicht vorher eingeholt worden ist.

3. Angesichts der Tatsache, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, ohne daß die Ansicht der Kommission vorher eingeholt worden wäre und mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Schreibens der Reparationskommission vom 21. März 1922 glaubt sich die Kommission zu der Annahme berechtigt, daß für das Budget des Reiches keine neue Belastung infolge des Vertrages geplant ist, sei es beispielsweise durch Entschädigungen an deutsche Reichsangehörige wegen ihrer Rechte und Interessen in Rußland, auf welche sich der Verzicht erstreckt, sei es durch Garantien oder Subventionen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erleichterungen, deren Gewährung zum Zweck der Beteiligung am Wiederaufbau Rußlands in Aussicht genommen ist. Die Kommission wäre für ausdrückliche Versicherungen über diesen Punkt dankbar.

4. Bei voller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche Regierung zur Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu machen beabsichtigt, hält es die Kommission doch für ihre Pflicht, darüber zu wachen, daß alle möglichen Garantien geschaffen werden, damit nicht die von Deutschland in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen die ordnungsmäßige Ausführung der Verpflichtungen beeinträchtigen, die der Vertrag von Versailles ihm gegenüber den alliierten Mächten auferlegt hat.

Die Kommission behält sich demnach das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrages von Rapallo ergeben und alle Maßnahmen zu treffen, welche die Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Vorrechte und die Interessen der genannten Mächte zu schützen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kommission in dem gegenwärtigen Schreiben sich auf die Behandlung der Fragen praktischer Art beschränkt hat, welche unmittelbar zu ihrer Zuständigkeit gehören. Ueber diese Zuständigkeit würde es offenbar hinausgehen, sich mit besonderen Fragen zu beschäftigen, welche die außerhalb der Kompetenz der Kommission liegenden Bestimmungen des Vertrages von Versailles betreffen, sowie mit allgemeinen Fragen, welche aus dem Wortlaut des Vertrages von Rapallo oder aus den Umständen sich ergeben, unter denen er abgeschlossen worden ist.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Wir haben den Rapallo-Vertrag nach allen Richtungen hin geprüft und nichts darin entdecken können, was die Rechte, die die Reparationskommission, d. h. die Siegermächte, aus dem Versailler Diktat herleitet, beeinträchtigen könnte. Daher auch die relative Verhältnismäßigkeit des Tones dieser Note und ihre sehr zahmen Schlussfolgerungen. Nur Einzelheiten, wie der Hinweis auf die angebliche Unzulässigkeit einer Belastung des deutschen Budgets durch etwaige Entschädigungen deutscher Reichsangehöriger, deren Eigentum expropriert worden ist, dürften noch zu weiteren Erörterungen Anlaß geben.

## Gegen die Zerstörer!

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird der Proteststreik der städtischen Arbeiter Berlins sicher beendet sein, falls nicht im letzten Augenblick noch die kommunistischen Quertreiber alle gemerkschaftlichen Beschlüsse über den Haufen gerannt haben werden. Sind die städtischen Arbeiter erst wieder in den Betrieben zusammen, so werden sie sich die Frage vorlegen müssen, welche Wirkung ihr Proteststreik beabsichtigte und welche er tatsächlich ausgelöst hat. Die geschlossene Arbeitsverweigerung vieler Tausender von Arbeitskräften ist in normalen Zeiten eine Kundgebung, die niemals ohne Eindruck bleiben kann. In diesen normalen Zeiten leben wir aber nicht. Deshalb wirken derartige Kundgebungen heute anders, als das früher der Fall hätte sein können. Seit der Revolution ist von unverantwortlicher Seite so oft zum Streik aufgerufen worden, daß sich das Bürgertum an solche Kundgebungen beinahe schon gewöhnt hat. Jeder ernsthaft über die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge nachdenkende Arbeiter wird deshalb schon wiederholt die Frage gestellt haben, ob in jedem Augenblick der Streik eine absolute Notwendigkeit ist.

Nachdem die Funktionäre des Gemeindefacharbeiterverbandes den Proteststreik beschlossen hatten und er von der Berliner Gewerkschaftskommission gebilligt war, haben wir aus Gründen der Disziplin geschwiegen und die Tatsache einfach registriert. Aber schon die Kundgebungen der Kommunisten vor und während des Streiks ließen darauf schließen, daß die Absicht auf dieser Seite nach ganz anderen Dingen zielte. Wie früher, so waren die Kommunisten auch jetzt wieder mit der Parole „Generalkstreik“ bei der Hand. Dieselben Leute, die im Vorjahre die mitteldeutschen Arbeiter gewissenlos in aussichtslose Putzschüden trieben, möchten auch aus den Lohnforderungen der Berliner Gemeindefacharbeiter ihre besonderen parteipolitischen Vorteile ziehen. Deshalb das Geschrei nach dem „Generalkstreik aller Berliner Arbeiter“, deshalb die Stilllegung einiger Industriebetriebe, die zumeist durch falsche Darstellungen erschlichen wurde. Gewerkschaftskommission und Lohnkartell der städtischen Arbeiter bemühen sich jetzt, wie an anderer Stelle nachzulesen, diesen kommunistischen Treibereien die Spitze abzubrechen und die Ausdehnung des Streiks zu verhindern. Wir hoffen, daß sie damit Erfolg haben. Nichtsdestoweniger wird es notwendig sein, über die Gefahren sinnlosen Streikens ein sehr ernstes Wort zu sagen.

Es gab einmal eine Zeit, in der die Frage des politischen Massenstreiks Gegenstand lebhafter Erörterungen in Partei- und Gewerkschaftskreisen war. Damals herrschte in Preußen unumschränkt, gestützt auf das Herrenhaus und das Dreiklassenparlament, die preußische Junkerkaste. Alle Forderungen der Arbeiter nach einer demokratischen Ausgestaltung des preußischen Wahlrechtes wurden höhnisch abgewiesen. In jener Zeit hätte die allgemeine Arbeitsniederlegung nicht nur der industriellen, sondern auch der staatlichen Angestellten und Arbeiter möglicherweise Wunder wirken können. Aber zur Erringung des gleichen Wahlrechtes im Staate und zu den gleichfalls dreiklassig verwalteten Rathhäusern hat man damals nicht die Kraft gefunden. Jetzt aber, da nach vier Kriegs- und Hungerjahren die Umgestaltung des Landes zur demokratischen Republik erfolgt ist, nachdem durch ein freies Wahlrecht für beide Geschlechter der Arbeiterklasse eine ungeheure Macht in die Hand gegeben worden ist, jetzt haben wir schon viel zu oft das Schauspiel politischer Streiks erlebt, die heute fast einer Gefährdung der politischen Rechte gleichkommen.

Früher eine unheilvolle Waffe, steht der politische Streik heute in Gefahr, in den Augen der Kapitalisten sich zu einem stumpfen Holzmesser zu verwandeln. Das ist eine Erscheinung, die jedem Sozialdemokraten in tiefster Seele Schmerz bereiten muß. Es kommt nicht nur darauf an, ob ein solcher Streik im Augenblick ohne besondere „Zwischenfälle“ glatt verläuft, sondern man muß seine Fernwirkung im Auge behalten. Die politischen Lehren der Taktik der Generalkstreikpropagandisten sind bisher aber nichts weniger als erfreulich. In Berlin, dessen sozialistische Mehrheit jahrzehntlang als unerschütterter galt, und das vor der Revolution nur durch das Dreiklassenwahlsystem vor einer roten Rathausmehrheit bewahrt wurde, ist jetzt schon bei dem unergleichlich besseren Wahlsystem die sozialistische Mehrheit in eine Minorität verwandelt. Im Freistaat Sachsen, das schon 1903 unter 23 Abgeordneten nur einen Bürgerlichen in den Reichstag sandte, ist die Regierung jetzt auf eine Linksmehrheit angewiesen, die sich nur auf zwei oder vier kommunistische Augen stützen kann. In Braunschweig, das unmittelbar nach der Revolution eine unbezweifelbare sozialistische Mehrheit hatte, ist bei den letzten Wahlen diese Mehrheit soweit zusammengeschrunpft, daß sie bestenfalls zwei Stimmen betrug. Und gestern konnte die sozialdemokratisch-unabhängige Regierung gestürzt werden, weil der eine Kommunist nicht im Hause war, Sepp Dexter aber, der trotz seiner Beurteilung wegen Bestechlichkeit wieder als

unabhängiger Kandidat gewählt war, mit dem Block der Bürgerlichen gegen die Regierung stimmte.

Es ist kein Zweifel, daß die Stimmung in den breiten Wählerkreisen — nicht nur der kapitalistischen — durch die putschistische Taktik der Kommunisten und die willkürliche Verfolgung der ihnen die Unabhängigen leisten, für die Sache der Arbeiter immer ungünstiger wird.

Den Kommunisten ist nach ihrer Theorie und Praxis eine solche Erscheinung nicht nur gleichgültig, sondern vielleicht in hohem Maße erwünscht. Sie können ihr Daseinsrecht nur heilsamer aus der in Rußland befolgten Theorie, daß alle Ansätze zur demokratischen Gestaltung erst vernichtet werden müssen, bevor sie selbst an die Macht kommen können.

Deswegen ist ihnen jedes Mittel recht, um die demokratische Republik in ihren Einrichtungen zu sabotieren. Sie betragen sich nicht nur im Rathhaus und im Landtag wie persönliche Rüpkel, sie möchten auch in den Betrieben und auf der Straße dauernd Krawalle haben, um so endlich das Chaos zu schaffen, aus dem sie für ihre Sekte einen politischen Vorteil erhoffen können.

Es ist notwendig, daß man diese Gefahr rechtzeitig und klar erkennt. Es ist ferner notwendig, daß man ihr rechtzeitig begegnet. Gerade die sozialdemokratischen Arbeiter, die schon zu einer Zeit im Kampfe für politische Rechte standen, als die Mehrzahl der Kommunisten sich noch im Lager der Selben aufhielt, müssen sich entschließen, den kommunistischen Treibern und ihren unabhängigen Nachläufern mit aller Entschlossenheit gegenüberzutreten.

Die Riefenaussperrung in Süddeutschland zeigt, wie notwendig die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats ist, um Verschlechterungen der Lebensbedingungen zu verhindern.

Die interalliierte Kommission hat den am 10. April aus Anlaß der Ermordung des polnischen Arztes Dr. Szapiro über Ostpreußen und Hindenburg verhängten Belagerungszustand mit Wirkung von heute an aufgehoben.

## Der Ex-Kronprinz über den 9. November.

Eine zerstörte Hindenburg-Legende.

Der ehemalige Kronprinz verspricht ein fruchtbarer Schriftsteller zu werden. Nachdem er soeben ein Buch über die Kriegsschuld angekündigt hat, erscheint bereits ein anderes, das „Erinnerungen“ enthält. „Tief schürfend“ ist es allerdings nicht, soweit das Kapitel über den 9. November, das uns der Verlag J. G. Cotta zur Verfügung stellt, erkennen läßt. Eher zeigt sich eine geringe Gabe zu leidlichen feuilletonistischen Schilderungen.

Als historisches Dokument betrachtet, sind die Schilderungen des ehemaligen Kronprinzen über den 9. November im Großen Hauptquartier wenig bedeutsam. Sie bringen fast nichts, was nicht schon aus Darstellungen anderer Teilnehmer an den Ereignissen bekannt wäre. Erwähnung verdient, daß der Herr aus Beringen, der es neuerdings liebt, sich der Welt als aufgeklärten liberalen Zeitgenossen zu präsentieren, in diesem Buche sich selber ganz anders gibt: als typischen Vertreter der verkümmerten reaktionären Weltanschauung.

Ein neuer Ton, der sich brüst und demonstrativ von allem Herkommen losläßt, der sich an dieser Wifachung aller Vergangenheit innerlich stark zu machen sucht für den Herbststoß, der jetzt kommen sollte.

Das war also der Wunsch des „modernen denkenden“ Kronprinzen am 9. November — der von ihm persönlich zu leitende Bürgerkrieg! Außer dieser Selbstcharakteristik hat die Darstellung des Ex-Kronprinzen noch in einem anderen Punkte Interesse: Sie zerstört bis zum Rest die monarchistische Legende neuen Datums, daß es nicht Hindenburg gewesen sei, der den Kaiser habe fallen lassen, sondern ausschließlich Groener. Hören wir dagegen das Zeugnis des ehemaligen Kronprinzen. Von der Besprechung am Morgen des 9. November sagt er:

Der Generalfeldmarschall (Hindenburg) hatte als erster gleich einleitend ein paar Worte gesprochen, die klar erkennen ließen, daß er so weit war, das Ganze aufzugeben. Nach dem Zusammenstoß zwischen Groener und dem Grafen Schulenburg wegen der Frage, ob man mit den Truppen gegen die Heimat ziehen solle und könne: Auf den nachmaligen Einspruch meines Chefs hin hatte ich dann endlich auch der Generalfeldmarschall entsprochen, aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Bei aller Zustimmung zu dem Geiste soldatischer Treue, von dem die Schulenburgischen Gedanken getragen seien, kam er praktisch zu der Auffassung des Generals Groener, daß auf Grund der Nachrichten, die der OHL aus der Heimat und vom Heere vorliegen, die Revolution nicht mehr niedergeschlagen werden könne.

Schließlich, als aus Berlin die Nachricht eintrifft, daß Max von Baden die sofortige Abdantung des Kaisers verlangt:

Der Kaiser nahm die Nachricht mit tiefem schweigendem Ernst entgegen. Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

Als Hingez zu Ende war, nickte er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausgewogener Schweigen, stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Mein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der OHL, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. „Nicht einer mehr“ — das heißt: auch Hindenburg nicht.

## Völlige Umarbeitung des Etats.

226 Milliarden Papiermark zur Vertragsausführung!

Der sog. Parlamentsdienst teilt mit: Die Note der Reparationskommission vom 21. März d. J. und die fortgesetzte Geldentwertung hat die Reichsregierung veranlaßt, den bereits einmal vorgelegten Haushaltsplan für die Ausführung des Friedensvertrages im Rechnungsjahr 1922 völlig umzuarbeiten.

Obwohl jetzt für die Veranschlagung der in ausländischen Devisen abzuschließenden Verpflichtungen an Stelle des bisherigen Umrechnungsverhältnisses von 45 Papiermark für eine Goldmark 70 Papiermark zugrunde gelegt worden sind. Die Zahlen des neu vorgelegten Haushaltsplanes zeigen mit eindringlicher Deutlichkeit, wie gewaltige Summen das deutsche Volk aufbringen muß zur Abdeckung der in Versailles übernommenen Verpflichtungen, sie zeigen aber auch gleichzeitig in den Positionen über die Besatzungskosten, wie rücksichtslos mit dem deutschen Volksgute von der Besatzung umgegangen wird.

Nach dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatus in Verbindung mit der bereits erwähnten Note der Reparationskommission hat Deutschland im Kalenderjahre 1922 bekanntlich 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Mill. Goldmark in Sachwerten zu leisten. Neben diesen Verpflichtungen bleiben die anderen Belastungen aus dem Friedensvertrage, abgesehen von einem Teile der Besatzungskosten, bestehen. Für das Jahr 1922 werden die Gesamtleistungen aus dem Friedensvertrage auf insgesamt 226 496 739 410 Papiermark veranschlagt, das sind

a) allgemeine Reparationsausgaben . . . . .	151 900 000 000 M.
b) Besatzungskosten . . . . .	5 219 555 000 „
c) Ausgaben für interalliierte Kommissionen . . . . .	1 342 065 000 „
d) Leistungen aus dem Friedensvertrag außerhalb der Reparation . . . . .	25 005 000 000 „
e) Aufwendungen für das Ausgleichsverfahren . . . . .	82 000 000 000 „
f) innere Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages . . . . .	11 002 519 410 „
<b>zusammen 226 496 739 410 M.</b>	

Besonderes Interesse beanspruchen einige Positionen der Besatzungskosten und der Ausgaben für interalliierte Kommissionen. So sollen auch im Jahre 1922 wieder nahezu

3 Milliarden für Neubauten

von Offizierwohnungen, Schulen, Bureauhäusern, Kasernen, Flugplätzen, Reitbahnen, Ezerzierplätzen und Sportplätzen aufgewendet werden. Die Unterbringung der interalliierten Ueberwachungs-ausschüsse und der sonstigen interalliierten Kommissionen in Deutschland verschlingt 72 Millionen Mark. Dabei hat sich der Personalstand der Kommission vermindert, ihre Ansprüche haben sich jedoch vermehrt! Bemerkenswert ist dabei noch, daß in den Etat eine besondere Position eingestellt werden mußte für Entschädigung aus Anlaß von Automobiliunfällen, die durch Mitglieder der interalliierten Kommission verursacht worden sind, d. h. also, daß Deutschland die Kosten zu tragen hat, wenn durch die Autorität von Ententeoffizieren deutsche Staatsbürger zu Schaden kommen!

Eine Deckung für den ungeheuren Mehrbedarf im Etat für die Ausführung des Friedensvertrages ist noch nicht vorhanden, wird aber auch kaum durch neue Steuern zu schaffen sein. Es gibt nur eine Lösung, durch die

Vermindern der Besatzungstruppen

die völlig unproduktiven Ausgaben für den Ententemilitarismus in den besetzten deutschen Gebietsteilen auf ein Minimum herabzusetzen.

Die deutsche Industrieausstellung in Moskau, die nach sowjet-russischen Ankündigungen Anfang Juni eröffnet werden sollte, ist verschoben worden, da die zur Verfügung stehende Zeit nicht mehr zur gründlichen Vorbereitung genügt. Die Ausstellung soll nunmehr im Frühsommer 1923 stattfinden.

## Die Kastenmacherin.

Unsere Kistenfabrik hat auch eine Kastenabteilung. Schmutz, Schatullen, Eis, Begierkästen, Spielofengehäuse und Instrumentenkästen — das alles geht bis zur letzten Vollendung durch die Hände von uns Frauen und Mädchen. Wir sehen die uns von der Schreinerlei und von der Dreherei gelieferten Einzelteile zusammen, wir liefern das Fertigstück.

Seit zwanzig Jahren mache ich täglich die gleichen Handgriffe — ich, die unverschämte Anna Klamm. Und seit drei Jahren arbeite neben mir auch meine Tochter Frieda, mein jetzt achtzehnjähriges uneheliches Kind.

Ich habe viel gehofft, und ich habe immer Hohn für mein Hoffen eingetauscht. Jetzt ist alles aus, für mich erhoffe ich nichts mehr. Alles jedoch erhoffe ich für mein Kind, für meine Frieda.

Aber neben all meinem Hoffen steht immer ein grinsendes Geschöpf, das flüstert mir mit Totenschädelmanier ins Ohr: Was ist da zu hoffen, deine Tochter ist viel zu schön.

Sa, Frieda ist schön — sehr schön ist sie — sie ist schöner als ich jemals war. Das hat sie vom Vater. Aber diese ihre Schönheit ist ihre Gefahr. Wird die Großstadt sie nicht eines Tages verschlingen? Die Großstadt — dieser teuflische Ragnet, der die schönen Mädchen-leiber lustigierig an sich reißt.

Nach einem Jahr. Frieda ist fort, ich weiß nicht wohin. Mit ihr schwand mein letzter Sonnenstrahl. Ich arbeite an einer Schatulle. In einer Stunde ist sie fertig. In irgendeiner anderen Fabrik wird diese Schatulle mit rotem Samt ausgeschlagen. Dann kauft sie ein Kavalier. Der schenkt sie einer Geliebten — und diese wird meine Tochter sein. Ich arbeite an einem Instrumentenkasten. In einer Stunde ist er fertig. Ich sehe, wie ein Arzt dem hellgelb pollerten Kasten ein funkeln scharfes Instrument entnimmt — ich sehe, wie der Arzt an einem fleckigen Frauenleib herumschneidet — und dieser Frauenleib ist der geschändete Körper meiner kranken Tochter Frieda.

Wozu sehe ich noch? Warum gehe ich nicht fort? Der Weg zum Grab ist kurz.

Russische Zukunftsmusik. Um sich vom derzeitigen Stand der bolschewistischen Musik zu unterrichten, hat der französische Musik-schriftsteller Delamare eine Reise nach Moskau gemacht, wo er Gelegenheit fand, den mit der Leitung des bolschewistischen Presse-wesens beauftragten Journalisten zu sprechen. Der Russe gab zunächst keinem Bedauern über die Abtrennung Rußlands von der übrigen Welt Ausdruck, die es mit sich bringe, daß man im Zustand über Rußlands Entwicklung in künstlerischer Beziehung völlig im unklaren gelassen sei. „Wenn Deutschland“, erklärte er, „im Jahre 1810 so isoliert gewesen wäre wie Rußland 1922, so würde die Welt vom Genie Beethovens nichts erfahren haben.“ Auf die Frage des Franzosen, ob denn das bolschewistische Rußland ein solches Genie

besitze, von dem man draußen nichts wisse, antwortete der russische Kollege: „Ich werde Sie mit Leopold Herwen bekannt machen, der meines Dafürhaltens der größte Musiker des roten Rußlands ist.“ Zwischen Delamare und dem bolschewistischen Beethoven entwickelte sich dann das folgende Zwiegespräch: „Arbeiten Sie an einer Oper?“ — „Ich arbeite an einer Ethopöie, einer Art musikalischen Freskogemälde, das, wie das „Jüngste Gericht“ Michel-angelos oder Holbeins „Totentanz“ ohne Anfang und Ende ist. Ich bemühe mich, in diesem Gemälde alle Gebärmslichkeiten und alle Hoffnungen der Welt zusammenzufassen.“ — „Und wie heißt dieses großartige Werk?“ — „Es hat keinen Namen. Weshalb sollte ich ihm auch einen besonderen Titel geben?“ — „Verzeihen Sie, aber für die Darstellung des Werkes bedarf es doch einer Szene, eines Saales, kurz irgendeines Raumes für die Zuhörerschaft, die doch irgendwie untergebracht werden muß.“ Herwen zuckte die Schultern und bemerkte ärgerlich: „Immer und immer wieder das Altbergrachte, von dem man sich nicht trennen kann! Ich denke nicht im entferntesten an einen durch Ränge eingeengten Saal oder an eine mit Dekorationen besetzte Bühne. Ich will überhaupt nichts Plan-mäßiges. Bedarf denn die sozialistische Menge eines anderen Ortes, um ihrer Freude und ihrem Hoß Lust zu machen, als der Straße und des öffentlichen Platzes?“ Herwen verzichtete aus tiefer Seele die „mondänen Hinterkühnen im Sinne Wagners“, und er verzichtete alles, was an Text oder Handlung gemahnt. „Keine Dichtungen, keine logisch geführte Handlung, nichts weiter als „rauschender Lärm“, der sich zum bonnernden Getöse, zum „Appell der ganzen Menschheit“ steigert.

Wie lange dauern Träume? Wohl jeder hat schon einmal die Erfahrung gemacht, daß er während einer ganz kurzen Zeitspanne Schlafes eine ganze Fülle von Abenteuern durchlebt. Der englische Psychologe Arthur Broad hat sich nun in eingehenden Versuchen mit der Zeitdauer von Träumen beschäftigt. Bei einer Gelegenheit, schreibt er, erwachte ich mit dem Glockenschlag 9; ich hörte nur den ersten Schlag der Uhr und erwachte dann wieder bei dem letzten Schläge. In diesem kurzen Zeitraum hatte ich einen langen Traum gehabt. Nebenliche Beobachtungen finden sich öfters in der einschlägigen Literatur. So hat z. B. der Schweizer Psychologe Caporede dadurch eine ziemlich genaue Schätzung der Länge eines Traumes erreicht, daß er in bestimmten kurzen Zeiträumen Tropfen aus einer Flasche auf seinen Kopf fallen ließ und dadurch aufwachte. In einem Traum, der wenige Sekunden dauerte, erlebte er nun die folgenden abenteuerlichen Dinge: er bog einen Nord in Paris, sah nach London, nahm ein Schiff, erreichte New York, sah vor der Polizei, gelangte nach Chicago, fand sich auch dort verfolgt, flüchtete weiter nach San Francisco, vermittelte sich auf einem Schiff nach Japan als Heizer, kam dort an, wurde in Tokio-hama zum Tode verurteilt und ermordet.

Die Frage nach der Zeitdauer von Träumen hat die Phantasie der Dichter vielfach beschäftigt. Ein Beispiel bietet eine berühmte Erzählung des Islam: ein ungläubiger Sultan hatte über eine Stelle des Koran gelesen, in der erzählt wird, wie der Erzengel Gabriel eines Morgens Mohammed aus seinem Bett nimmt, ihn die Hölle zeigt, ihn durch die sieben Himmel des Paradieses führt, ihm ge-stottert, 99 000 Unterredungen mit Gott zu führen und ihn in sein Bett zurückbringt, bevor der Messerzug der ungläubigen, als der

Engel den Propheten entführte, geleert war. Der Sultan nun schloß einen Augenblick ein und hatte einen langen Traum mit vielen Abenteuern; als er aber erwachte, fand er, daß kaum eine Sekunde verstrichen war. Die Geschichte von dem blitzschnellen Vorüberdauern der Träume beweisen nun aber keineswegs die Relativität der Zeit. Im Traum erleben wir ja die Dinge nicht wirklich, sondern sie sagen nur mit Gedankenähnlichkeit durch den Kopf. Ein Professor z. B., der anschaulich darstellt, kann uns in einer Stunde durch ein Jahrtausend der Vergangenheit führen; aber die Gesamtheit der Zeitelemente, in der wir alle diese getaktlichen Ein-drücke erhalten, ist nur eine Stunde. So ist es auch mit Träumen.

Waffen für die Ekerabratschlocht. Die Wahlkämpfe um die Ekerabratsche Gegenseite ist wohlgerüstet und — im Besitz des alten Schulapparats. Die Bibliotheken, die Schulbücher, die Lehrpläne sind ihres Bestes voll, manche Lehrer feiern noch automatisch, heim-tüchlich-verschlafen den 18. und 27. Januar, den 2. September und in den Klassen titlieren sie „harmlos“ verfassungsmäßige, staats-feindliche“ Texte. Der Inhalt der Lehrbücher war immer eine Kulturschmach, jetzt ist er ein politischer Skandal. Wie schlimm es auf diesem Gebiet steht, stellt nun dokumentarisch eine handliche Broschüre von Oskar Jähner „Das Lesebuch der Repu-blik“ (Frankes Verlag, Berlin SW. 61) zusammen. Sie kommt jetzt für den Kampf eben recht, zumal sie auch die Kämpfe um das Lesebuch zwischen Ministerium und Reformern, die Debatten im Landtag zwischen Reaktionären und Sozialisten bringt. Das Heft macht die fleißige Arbeit eines gewissenhaften Fachmannes allen Lektoren zugänglich, rüstet sie also zur Schlagfertigkeit gegen-über gegnerischem Ableugnen aus. Es gehört in die Hand jedes sozialistischen Lehrers, Ekerabratsch, Erziehungskämpfers. Nur der Volksgorn, den das Bekanntwerden dieser Tatsachen entsetzen muß, kann dieser gefährlichen Dittorie ein Ende machen. p. oc.

Spielplanänderung. Am Deutschen Künstler-Theater findet die Erst-aufführung von Shaws Komödie „Kantannie wissen“ erst am Sonnabend statt. Gelüste Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

In der englisch-amerikanischen Vortragsreihe des Englischen Seminars der Universität, Dorchester, 6. (Freitag, 6.), Uhr, der amerikanische Redakteur Francis Bacon über „Observation on American housing“. Eintritt frei.

Der Reichspräsident und die „Deutsche Gewerkschaft“. Die bayerische Regierung hat den Reichspräsidenten West zum Besuche der „Deutschen Gewerkschaft“ eingeladen. Der Reichspräsident hat die Ein-ladung angenommen.

Eine Bibliographie der Gewerkschaften wird von der Hygiene-Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes in regelmäßigen Zeit-ständen veröffentlicht werden.

Lehrgänge für den naturwissenschaftlichen Unterricht. In diesem Sommer beginnen die Lehrgänge, die für Lehrer und Lehrerinnen von der Reichlichen Hochschule eingerichtet sind, am 16. Mai. Verzeichnis und An-meldung Potsdamer Str. 120.

Häufigdwanzige Jahre Schmitz-Trolleborg. Am 1. Mai konnte die Verbindung Schmitz-Trolleborg ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern. Während zu Anfang die Reise Berlin-Stockholm 35 Stunden in Anspruch nahm, hatte sich diese Zeit 1914 auf 22 Stunden verkürzt. Diese Beschleunigung wird — so hofft man — bald wieder erreicht sein.

## Die braunschweigische Regierung gestürzt. Mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sepp Derters.

Braunschweig, 4. Mai. (Eg. Drahtmeldung.) In der Landtags-Sitzung vom Mittwoch stand die mit großer Spannung erwartete Besprechung des Berichts des Untersuchungsausschusses, den der braunschweigische Landtag auf Antrag der Staatsregierung zwecks Klärung der Derterschen Angriffe gegen einzelne Minister eingesetzt hatte, auf der Tagesordnung. Der Führer des rechtsbürgerlichen Blocks, Kaefer, hatte ein Vertrauensvotum für die Regierung beantragt, natürlich mit der Absicht, dagegen zu stimmen. Denn er verfolgte die klare Absicht, das Kabinett zu kürzen. Da seit dem Hinwarf Derters aus der USPD, Stimmengleichheit zwischen den sozialistischen Parteien einerseits und den bürgerlichen Parteien plus Derters andererseits vorhanden ist und Derters mit als der Urheber der Regierungskrise anzusehen ist, konnte das Kabinett nur durch die Ablehnung eines Vertrauensvotums gestürzt werden. Die Abstimmung über dieses Vertrauensvotum wurde heute nachmittags gegen 2 Uhr vollzogen. Das Vertrauensvotum wurde mit 30 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Derters stimmte zusammen mit den Bürgerlichen. Der kommunistische Abgeordnete Krosche war in der Sitzung nicht anwesend. Nach dem Ergebnis erklärte der Vorsitzende des Kabinetts, Minister Anke, daß das Kabinett zurücktritt und bis zur Bildung des neuen Kabinetts die Geschäfte verfassungsgemäß weiterzuführen werde. Daraus wurde der Landtag verlagert. In den nächsten Tagen werden die Besprechungen der Parteien zwecks Bildung der neuen Regierung stattfinden.

## Der Dokumentenprozeß.

### Die Kämpfer für das „Reich Gottes“.

München, 4. Mai. (Eg. Drahtbericht.) Die Verhandlung über die Eisnerischen Dokumente fand heute Abend 9 Uhr sein Ende. Die Verkündung des Urteils wird am 11. Mai erfolgen. Der Vertreter des Privatklägers stellt heute Abend in seinem Plaidoyer fest, daß die Weigerung des Auswärtigen Amtes, den Fürsten Bichnowsky und den Fürst v. Gardskstein vom Amtsgerichtnis zu entbinden, das Bild wesentlich zugunsten der kaiserlichen Partei verschoben habe. Die Verhöhnung der Justiz durch diplomatische Rüge habe den Beklagten das Recht genommen, sich jemals über einen politischen Gegner ein Urteil anzumahnen. Der Prozeß habe die drei Kernpunkte des Problems mit aller Klarheit zutage gefördert: Eine objektive Einstellung der durch Eisner veröffentlichten Dokumente liegt zweifellos vor. Subjektiv fehlte bei Eisner der Wille und das Bemühen der Fälschungsfeststellung, Mittäterschaft und Mitverantwortlichkeit muß klipp und klar verneint werden.

Am letzten Verhandlungsnachmittag mißte sich ein verständlicher Unterton in die Debatte. Die Anwälte waren im Begriff, sich auf einer mittleren Linie zu einigen: Abgesehen von der Verantwortlichkeit der Einzelpersonen stellen wir fest: Die Urkunde des Legationsrats Schind war eine Unterlage des Versailler Friedensvertrages. Der Beweis der objektiven Fälschung hat in diese Grundmauer eine Bresche gesetzt. Wir haben diesen Beweis gemeinsam aus ehrlichem Herzen. Reichen wir uns also die Hände.“ Da zerbrach der Beklagte, der geistliche Vater der bayerischen nationalsozialistischen Hege, Professor Cohnmann, die sich anbahnende Verständigung. Er schloß seine an die literat-antifemistische Hörschaft des Gerichtssaales gerichtete Heßrede mit den Worten: „Wir kämpfen letzten Endes für das Reich Gottes. Eisner und Heßbach aber waren aus dem Reich des Teufels. Es ist unsere Pflicht, sie moralisch zu vernichten.“ Damit schloß die Verhandlung.

## Regierung und Beamtenbefolgung.

Am Beamtenauschuß des Reichstags wurde am Donnerstag von den bürgerlichen Parteien ein Antrag Steinlopp (Soz.) auf Einführung von Beamtenversammlungen entsprechend dem Betriebsrätegesetz abgelehnt. Hierauf nahm der Ausschuß eine Erklärung des Ministerialdirektors v. Schlieffen über den Stand der Befolgungsfrage entgegen: Die Preissteigerungen zwingen zu schneller Erhöhung der Beamtenbezüge. Die Forderungen der Spitzenorganisationen müssen wegen ihrer Wirkung abgelehnt werden. Trotzdem eine Annäherung auf mittlerer Linie fast erfolgt war, kam bedauerlicherweise eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zustande. Die Regierungen des Reiches und der Länder sind nach wie vor bereit, zu den bisherigen Bezügen einen allgemeinen Zuschlag von 35 Proz. und einen Zuschlag auf die ersten 10.000 M. von 25 Proz. zu geben.

In der Aussprache rügte Abg. Steinlopp (Soz.), daß die Regierung bei der Gegenüberstellung der einzelnen Gehaltsgruppen mit den Nettoeinkünften der Beamten operiere; nur das Bruttoeinkommen, ohne Abzug der Einkommensteuern, zeige die Begünstigung der höheren Gruppen. Auf eine Frage des Abg. Breunia (Soz.), was die Entente zu den hohen Gehältern der obersten Beamten sage, wurde regierungsseitig erwidert, daß der deutsche Reichswehrminister z. B. etwa 1/4 des Einkommens eines einfachen englischen Soldaten in Berlin habe.

## Erste Sprache der englischen Presse.

London, 4. Mai. (W.B.) Die Meldung, daß Frankreich beschlossen habe, in der Forderung gegenüber den Russen sich in Genau auf die Seite Belgiens zu stellen, findet große Beachtung. „Wall Mall and Globe“ schreibt, wenn Poincaré das gesamte Werk der Genuefer Konferenz zu zerstören wünsche, so sei dies eine dramatische Gelegenheit, um den Dörsch zu jüden. Die Welt aber werde weitererschreiten, auch wenn Frankreich die Konvention verlege.

„Star“ berichtet, der Bruch zwischen den Alliierten erweiter sich. Die Genuefer Konferenz stehe von neuem der Gefahr des Abbruchs gegenüber. Frankreich habe durch seinen Bescheid, den belgischen Einwand gegen die an Rußland gerichtete Note zu unterstützen, die Alliierten in zwei Lager geteilt, und eine gemeinsame Aktion in dieser Frage scheine jetzt unmöglich.

### Papst und Volkswirtschaft.

Genoa, 4. Mai. (W.B.) Der Wunsch Tschitschews, nach Rom zu reisen, um den Papst zu besuchen, wird bestätigt. Dieser Reiseplan steht im Zusammenhang mit dem jüngsten Friedensbrief des Papstes. In italienischen Konferenzkreisen wird vermutet, daß eine Verschmelzung der russisch-orthodoxen mit der römisch-katholischen Kirche angestrebt werden soll. Papst Pius XI. habe in seinen jüngsten Briefe den ersten Schritt zur Versöhnung getan, indem er alle Regierungen zur Verständigung mit der Sowjetregierung aufgefordert habe. Wenn der Plan des Papstes gelingen sollte, käme es zu einer der größten Kircheneinigungsaktionen der Geschichte. Aus anderen Kreisen wird bemerkt, der Plan des Papstes stehe im Gegensatz zu den Absichten der anglikanischen Kirche für eine Verschmelzung mit der griechisch-orthodoxen Kirche.

# Severings Antwort an die Kommunisten.

Nachdem in der gestrigen Sitzung des Landtags nach Wiedereröffnung der Sitzung Abg. Gesele (Komm.) die große Anfrage der Kommunisten mit den Forderungen auf Bestrafung der schuldigen Beamten und Offiziere, Entschädigung der Opfer und Amtsenthebung des Polizeipräsidenten verknüpft hatte, begründete Abg. Rabold (U. Soz.) den unabhängigen Antrag über die Reorganisation der Bestimmungen über den Waffengebrauch. In einer vorher abgehaltenen Instruktionsstunde sei der Polizei von vornherein schärfstes Vorgehen anempfohlen worden. (Hört, hört! links.) Wir verlangen die Entpolisierung der Schutzpolizei und Entfernung der reaktionären Elemente aus ihr.

Darauf wird die Besprechung zwecks Vornahme der Abstimmungen zu den Haushalten der Gefeits- und Domänenverwaltungen unterbrochen. Sie wurden entsprechend den Ausschuhentwürfen angenommen.

Hierauf wird die Aussprache über die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus fortgesetzt.

Abg. Koch (Dnat.) begründet die Große Anfrage der Deutschen Nationalen. Die Schupo ist vor dem Rathaus angegriffen und beschlagnahmt worden. Während seiner Ausführungen stellt Abg. Koch (Komm.) dem Redner eine Schnapsflasche neben das Rednerpult. — Die Kommunisten klatschen dazu Beifall. — Ein Diener trägt die Flasche wieder fort. Wir bedauern, daß die zwei beteiligten Offiziere zur Disposition gestellt worden sind. So darf den Forderungen der Strafe doch nicht nachgegeben werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Stadtparlamente müssen geschützt werden. Die Blutschuld fällt auf Sie (zu den Komm. — Warm bei den Komm. — Beifall rechts).

## Minister des Innern Severing:

Die Anweisungen für den Waffengebrauch der Schutzpolizei stammen aus dem Jahre 1908. Ich bin bereit, eine Einschränkung dieser Bestimmungen vorzunehmen. Ich bestreite ganz entschieden, daß mit zweierlei Maß gegenüber Unterbeamten und Offizieren gemessen wird. Der Abg. Rabold hat auf den Artillerietag in Potsdam verwiesen und die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß hinter dem Kappisten Bauer ein Steadbrief erlassen sei. Der Offizier Bauer, der an dem Tag teilnehmen will, ist gar nicht der aus den Kapp-Tagen bekannte Oberst Bauer. (Heiterkeit.) Er hat allerdings auch von sich reden gemacht, weil er es als seine besondere Aufgabe betrachtet, Angehörige des ehemaligen Königsreiches zu schützen. Ich habe aber dafür gesorgt, daß er kein Unheil anrichtet. Die Polizei muß Werkzeug und Freund der gesamten Bevölkerung sein. Bei den großen Widersprüchen und der großen Erregung war es nicht möglich, in zwei Tagen eine eindeutige Auffassung der Vorgänge herbeizuführen. Wir mußten jedoch die Wände der Kommunisten, die sich daran knüpfen, durchkreuzen. (Rufe links: Wände haben Sie gemacht!) Wollen Sie bestreiten, daß die Kreise, die hinter der „Roten Fahne“ stehen, unehrlich handeln, wenn sie von 2 Toten, 25 Schwerverletzten sprechen? Ich bedauere jeden Tropfen Blut, der geflossen ist. Tote hat es aber gar nicht gegeben. Schwerverletzte sind nur zwei festgestell, außerdem sind 10 bis 12 Personen von Arbeiterkameraden im Rathaus behandelt worden, darunter einige ohnmächtig gewordene Frauen. Bestimmte politische Gruppen wollen also an diesen traurigen Vorfällen ihr politisches Parteiüppchen fassen. (Rufe links: Die Deutsche Volkspartei will ja die Bannmeile erweitern.) Ueber die Forderungen läßt sich ruhig diskutieren, aber Sie haben kein Recht zur Aufregung, denn ihr Redner hat erklärt, die Bannmeile werde doch nur ein Zwirnsfaden sein. Ist das keine Provokation?

### Vor dem 9. November

wies die Arbeiterschaft nach Disziplin auf, sie hatte noch Ordner, die bei der Waffe Autorität besaßen. Durch Ihre (nach links) Arbeit ist es dahin gekommen, daß die Führer keine Autorität mehr haben. Während am 1. Mai sich die Massen in den Straßen bewegten, standen sie am 2. Mai vor dem Rathaus und belagerten es. Den Polizeipräsidenten war vorher von Vertretern der Gewerkschaften über die Art und Weise der Demonstration Mitteilung gemacht, wonach aus der Richtung die Jüge zum Rathaus kommen sollten. Der Polizeipräsident hatte dagegen starke Bedenken und hatte gleich darauf aufmerksam gemacht, daß unter solchen Umständen eine Stauung vor dem Rathaus und Zusammenstöße unvermeidlich seien. Er schlug den Führern als Treffpunkt den Lustgarten vor, von dort aus sollte der Marsch am Rathaus vorbeiführen. Da dieser Vorschlag des Polizeipräsidenten Ablehnung fand, wurde der Magistrat Berlin gebeten, die Zugänge zum Rathaus freihalten zu lassen. Das „große“ Angebot der Schutzpolizei bestand in einem Hauptmann und 60 Mann, einem Leutnant und 12 Berittlenen. (Zurufe der Kommunisten: Das ist ja unwahrscheinlich!) Das sind antiliche Angaben. (Zuruf: linksamtliche Wären!) Das Versprechen, die Demonstranten würden sich nur eine Viertelstunde vor dem Rathaus aufhalten, wurde nicht gehalten.

Der Kampf um das Großkraftwerk Hannover. Im Hauptauschuß des Landtags wurde am Donnerstag Abend die Regierungsvorlage über das Großkraftwerk Hannover mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Als das Ergebnis der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft war, stimmten auch zwei Vesparsleiter für die Vorlage in der Erwartung, daß die Regierung die von der Volkspartei gewünschten Verhandlungen mit privaten Werken führe. Als wüstenloser Gegner der Vorlage beteiligte sich wie bisher immer der Kommunist Rabold. Verschiedene Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten wurden angenommen, welche verhindern sollen, daß Aktien der zu gründenden Aktiengesellschaft in Privathände übergehen. Sie sollen nur an kommunale Körperschaften abgegeben werden.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag ist durch Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten.

Im Flugzeug entflohen. Wir berichteten vor kurzem über die Flucht des Schriftstellers Heinrich Wandt im Flugzeug nach Belgien. Im Anschluß an diese Notiz wünscht die „Freie Presse“ berichtet zu sehen, daß Heinrich Wandt nicht Herausgeber der „Freien Presse“, sondern früher einmal Chefredakteur der Zeitung gewesen ist. Er ist auch nicht wegen Verleumdung des Reichspräsidenten mit Gefängnis bestraft worden, sondern er war zu der Zeit, als der Artikel gegen den Reichspräsidenten erschien, in keiner Weise an dem Blatte tätig.

# Wirtschaft

### Die Preisfreiheit am Erzmarkt.

Die letzte Woche brachte der hochgetriebenen Mark einen natürlicherweise sich vollziehenden und durch die politische Lage — Poincaré, Sanktionsandrohungen usw. — beschleunigten Rücklauf von 234,60 M. für den Dollar auf einen sich denn behauptenden Stand von 280—290 M. Schon bei diesem etwas stabileren Kurs gab es Schwierigkeiten für den Auslandsabfah. Das zeigte sich z. B. deutlich bei der neuen Höchstpreisfestlegung für Roh-eisen. Diese ist nicht in dem zuletzt gewohnten Ausmaß der Selbstkostenverteuerung vorgenommen worden. Mit Rücksicht auf die konkurrierenden lothringischen und Saarländerpreise, welche jederzeit eingeführt werden können, wäre sicherlich eine Preisreduzierung für Roh-eisen in dem Monat Mai auch unterbleiben, wenn nicht die Siegerländer Eisenerze hierbei Schwierigkeiten gemacht hätten. Man muß allerdings die Frage aufwerfen, ob nicht die Siegerländer Erzpreise im Verhältnis zu ihrem Wert zu sehr gestiegen sind. Die letzten Preisreduzierungen dieser Erze sind 2 1/2 fach über die Vorkriegshöhe hinausgegangen zu einer Höhe, die als heftigste bezeichnet werden muß, da es schon bei diesem

Schuld daran waren eine Anzahl Funktionäre, die von vornherein den Rathausvorkrieg nicht eher räumen wollten, als bis alle Forderungen erfüllt sind.

(Zurufe Rab: Er lügt amtlich weiter! — Das sind Spitzeberichte!) Das sind keine Spitzeberichte, das haben mir heute früh noch einige Deputationen städtischer Arbeiter bestätigt. Durch die Ansammlung mehrerer Tausende von Neugierigen auf dem Rathausvorplatz und vielleicht auch einiger städtischer Arbeiter vor dem Eintreffen der Demonstranten war schon einige Unruhe entstanden. Hätten die politischen Parteien des Rathauses aus den früheren Demonstrationen etwas gelernt, dann hätte man den Demonstranten schon um 7 Uhr eine Ausrüstung geben können. Der einzige Vorwurf, den man der Polizei machen kann, ist der, daß sie nicht eine einheitliche Linie bei ihren Absperren innegehalten hat. Die Postenkette hätte nach erfolgter Räumung des Rathausvorplatzes nicht zurückgenommen werden dürfen, was auf Vorschlag des Stadtrats Wege von dem betreffenden Polizeioffizier veranlaßt wurde. (Zurufe der Kommunisten: Sie hätten einbauen sollen!) Das System der Gewalt verurteile ich durchaus. Der Kommandeur hat aber wahrscheinlich auch ein Gefühl dafür bekommen, daß ein derartiges Vorgehen nicht zur Stärkung der Autorität der Schutzpolizei angeht. Aus diesem Grunde hat er wohl auch später auf das Verlangen des Polizeipräsidenten einer nochmaligen Veränderung der Aufstellung darauf hingewiesen, daß eine nochmalige Veränderung nicht angebracht sei. Nicht richtig ist es aber, daß die Polizeioffiziere sich renitent gezeigt hätten. Das wären keine pflichtmäßig handelnden Beamten, die in solchen Situationen nicht auf bedeutliche Folgen hinweisen würden, das wären Namselufen, Kreaturen, das wären Mafgroschenjungs.

wie Sie (nach links) Sie nennen. Auf Seiten der Polizei bestand die Absicht, sich mit den Führern der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen, als einer der bedrohten Unterbeamten, der an der Kette gepakt wurde, sich in der Ausübung seines Amtes behindert fühlte. (Erregte Zurufe links: Das ist ja nicht wahr! Das ist ja wieder gelogen! — Präsident Leinert: Herr Abg. Rab, haben Sie damit den Minister gemeint, dann rufe ich Sie zur Ordnung! — Abg. Schölem: Natürlich hat er gelogen! — Ordnungsruf.) Da hat er das Seitengewehr gezogen und darin erblickten denn seine Kollegen das Signal zu energischem Vorgehen. Daß nicht mehr Vermundungen bei diesem großen Trupp von Demonstrationen vorgekommen sind, ist ein klarer Beweis für das milde Vorgehen der Polizei. Ich will die Versammlungs- und Demonstrationen nicht beschneiden, Sie darf aber nicht gehen auf Kosten anderer, die zur parlamentarischen Betätigung der Bürgerlichkeit berufen sind. Bei der Reisezeit sind nur aus dem und Leipzig blutige Zusammenstöße gemeldet worden. In Sachen wie in Preußen ist die Polizei eingesetzt worden gegen Unruhestellungen, in Sachen unter der Regide eines unabhängigen Ministers, in Berlin unter der eines sozialdemokratischen Ministers. Gerade Abg. Rabold als Mitglied der alten „Freiheit“-Redaktion sollte sich nicht gegen die Polizei aussprechen, denn die „Freiheit“-Redaktion hat ja selbst einmal polizeilichen Schutz angefordert, als die Kommunisten sie zu Hämen drohten. Am 1. April richtete die „Rote Fahne“ eine „Anfrage an Severing“, in der angefragt wurde, welche Schutzvorkehrungen für die durchreisenden Sowjetvertreter getroffen worden seien. Nach Besprechungen zwischen den verschiedenen Behörden, lange vor dem Eintreffen der Sowjetdelegation in Deutschland, hatte Polizeipräsident Richter diesen Schutz einem besonderen Kommando der von ihnen so angegriffenen Abteilung la übertragen. (Schallende Heiterkeit.) 29 Kriminalbeamte begleiteten die Delegation, beim Eintreffen auf dem Schlesischen Bahnhof befand sich ein starker Schutz dort vor. (Rufe links: War auch notwendig! — Heiterkeit.) Tschitschewin und Litwinoff wurden im Hotel durch vier bis vor den Zimmer Türen postierte Beamte bewacht. Daraufhin hat die Delegation dem Minister für die „umfassenden glücklichen Maßnahmen“ ihren Dank ausgesprochen. (Heiterkeit.) Der 2. Mai sollte den Parteien und Gewerkschaften Anlaß geben, bei künftigen Demonstrationen Stauungen zu vermeiden. Der Polizeipräsident wird sich bemühen, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften dafür zu sorgen; aber auf deutschem Boden muß jeder politischen Schutz genieschen, ob er nun Rufe oder Preuche ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz. und den bürgerlichen Parteien.)

Abg. von Egnern (D. Sp.) begründet den Antrag auf Befriedigung der Stadtparlamente. Der Polizeipräsident ist unserer Meinung nach viel zu weit entgegengekommen. Es darf nicht in erster Linie auf die Demonstrationen Rücksicht genommen werden und dann erst auf die übrigen Bürger. (Zustimmung rechts.) Die Massen dürfen nicht alle Augenblicke auf die Straßen getrieben werden.

Das Haus vertagt sich. Freitag 12 Uhr: Weiterberatung.

Rursstände rentabler ist, Eisen aus hochwertigen Schwedenerzen zu erzeugen.

Gefährdet dies aber, so sind die Stilllegungen im Siegerländer Eisenerzbergbau mit Bestimmtheit zu erwarten. Schon die Vorgänge bei der letzten, ähnlichen Krise haben gezeigt, daß man bei diesen Unternehmungen auf Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit nicht rechnen darf. Es wäre dringend erforderlich, die Preisbildung am Eisenerzmarkt besonders zu überwachen, damit nicht die Arbeiter die Folgen dieser ungesunden Preisbewegung zu tragen haben.

Man sieht deutlich, wie das privatwirtschaftlich kapitalistische Interesse, das die vorzeitige Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise, also an eine vom Kurs der Mark abhängige Höhe, gefordert und durchgeführt hat, schon bei verhältnismäßig geringen Kurschwankungen den eigenen kapitalistischen Betrieb gefährdet, Abstoßung und -reisen unbedenklich hervorruft und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit erhöht. Die Schwierigkeit, mit den gestiegenen Inlandspreisen auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, hat auch den Inlandsmarkt beunruhigt. Kaufmännisch — zumal die Konsumkraft aller Teile durch die Preisreduzierung geschwächt ist — Geldknappheit und unsichere Börsenstimmung sind bereits sehr ernst zu nehmende Anzeichen.

Unter einer durch die künftige und überhepte Preistreiber selbst hervorgerufenen Abstoßung hat ober in erster Linie die Arbeiterschaft zu leiden. Hatte die Preisreduzierung ihre Lebenshaltung beträchtlich herabgemindert, so bringt Konjunkturrückgang dazu noch die Gefahr der Arbeitslosigkeit. In dieser anbauenden Zermürbung unserer Volkskraft haben wir den schlimmsten Eingriff in die Vermögenssubstanz unseres Volkes. Die Arbeitkraft, der wertvollste Teil des Nationalvermögens, wird brachgelegt, ohne Plan und Ziel, ganz nach Willkür der Entwicklung des Warenmarktes. Auf die Dauer wird ein solcher Eingriff in die Vermögenssubstanz auch für das Kapital empfindlicher sein als alle die Steuern, die man unter Berufung auf die angeblichen Notwendigkeiten der Produktion rücksichtslos bekämpft hat und die — ebenso wie die gebundene Wirtschaft — die Entwicklung des Anheils womöglichsten hätten verzögern können, bis der gerüttelte Weltmarkt sich von den Krisenercheinungen der Nachkriegszeit erholt hat.

Erfreuliche Minderung der Haldbestände. Die Haldbestände des Ruhrgebiets an Kohlen, Koks und Brekett zeigten in den letzten Monaten infolge von Verkehrserschwerigkeiten und infolge des Mangels an ungelehrten Arbeitern für das Verladen eine ungewöhnliche Höhe. Sie bewegten sich um 1 1/2 Millionen Tonnen. Nachdem jetzt die Waagestellung der Eisenbahnen und die Schiffahrtserhältnisse sich gebessert haben, hat sich allein in der letzten Woche der Kohlenvorrat des Ruhrgebietes um 178 588 auf 1 297 283 Tonnen ermäßigt.



Im dunklen Rathaus.

Verhinderung einer Streikdebatte in der Stadtverordnetenversammlung.

Rechts und links „Angst vor der eigenen Courage“.

Beißt einer ein Parlament, in dem es noch konfus zu geht in der Berliner Stadtverordnetenversammlung? Die Radikalen von rechts wie die von links geben sich alle Mühe, das Rathaus immer mehr zu einem Komödienhaus werden zu lassen. Gestern wurde, um die notwendige Einbringung des neuen Stadthaushaltsplanes und auch die Erledigung anderer dringender Beratungsgegenstände zu ermöglichen, der Versuch gemacht, trotz Streik und Lichtmangel zu einer Sitzung zusammenzutreten. Aber vorerst verlangten die Kommunisten eine Abrechnung mit der Polizei wegen der Vorgänge am Dienstag, während die Deutschnationalen eine schleunige Kundgebung gegen den Proteststreik für nötig hielten. Den Kommunisten wurde von rechts die Dringlichkeit ihres Wunsches bestritten, dagegen legten Unabhängige und Kommunisten sich eifrig ins Zeug für eine sofortige Beratung des Antrages der Deutschnationalen. Als dann aber Ernst gemacht werden sollte, fiel den Deutschnationalen das Herz in die Hose, und sie selber bemühten sich um Hinauszögerung der vorher von ihnen als dringlich bezeichneten Sache. Diesem erheiterten Schauspiel folgte ein zweites, das noch amüsanter war. Unabhängige und Kommunisten blieben dabei, daß man den Antrag der Deutschnationalen vorwegnehmen müsse. Ob das geschehen solle, darüber wurde auf Antrag der Unabhängigen namentlich abgestimmt. Und nun waren es die Unabhängigen und Kommunisten, die sich als Komödianten zeigten. Beide Fraktionen verließen den Saal, um Beschlussfähigkeit herbeizuführen. So wurde die sofortige Beratung von denen verhindert, die am lauteften nach ihr gerufen hatten. Wer will solche Leute noch ernst nehmen?

Rückstände aufgearbeitet werden, dann könnte zum Schluß dieser Antrag herankommen. Die Deutsche Volkspartei trat dem Vorsteher durch Dr. Reumann bei, ebenso unter dem Hohenleiter der Kommunisten der Antragsteller Sadié, desgleichen Dove (Dem.), der aber nicht unterließ, auf diese Inkonsequenz der Urheber des Dringlichkeitsantrages hinzuweisen. Dittmann beharrte bei seinem Antrage und hielt den Deutschnationalen vor, daß sie nunmehr

Romödie spielen

zu wanken scheinen. Es könne vor Erledigung dieses Dringlichkeitsantrages überhaupt nichts verhandelt werden. Wegen die These des Vorstehers, daß die Versammlung als Verwaltungskörperschaft Verwaltungsarbeit zu leisten habe, legte der Kommunist Dr. Rosenberg als gegen ein „Diktatorgeleitz“ des Vorstehers Protest ein. Dem Umstand, daß sofort von Seiten der Demokraten der Verhandlung des Antrages widersprochen sei, daß der Vorsteher diesen Widerspruch aber überhört habe, wurde kein Gewicht beigelegt. Schließlich fand über den Antrag Dittmann namentliche Abstimmung statt, wobei die Kommunisten und die Unabhängigen den Saal verließen. Es wurden nur 105 Stimmen abgegeben — und schon gegen 6 Uhr mußte, wieder einmal wegen Beschlussfähigkeit, die Sitzung abgebrochen werden.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag um 6 Uhr statt. Den Etat für 1922 wird der Kammerer am nächsten Donnerstag einbringen.

„Die Sünde wider das Blut“.

Beleidigungsklage Dr. Dinters gegen das „Berliner Tageblatt“.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am gestrigen Donnerstag die Beleidigungsklage des Verfassers der antisemitischen Schrift „Die Sünde wider das Blut“, Artur Dinter, gegen den verantwortlichen Redakteur der Wochenausgabe des „Berliner Tageblatts“, Dr. Leonhard Birnbaum, verhandelt. In Nr. 45 dieses Blattes vom 5. November 1919 war unter der Spitzmarke: „Antisemitismus als Geschäftsobjekt“ eine Kritik des Dinterschen Buches erschienen, in der dem Verfasser vorgeworfen wurde, daß er in seinem Roman, der in Wirklichkeit eine Heftchrift gegen das Judentum darstellt, das Kol Nidre-Gebet sowie Zitate aus dem Talmud und Schulchan Aruch in tendenziöser Weise gefälscht habe, daß er einen verletzenden Kampf mit vergifteten Waffen führe und mit seinen antisemitischen Schriften sein Geschäft machen wolle. Auf Grund dieser Behauptungen hatte Dr. Dinter die Beleidigungsklage erhoben. In der Verhandlung erklärte Dr. Birnbaum, Dinters Buch sei geeignet, den Rassenkampf in Deutschland im schlimmsten Maße anzujagen. Es beleidige die Angehörigen des jüdischen Stammes auf das schwerste, fränke sie in ihrer Ehre als deutsche Staatsbürger und ziehe sie durch den Schmutz. Der Kläger Dr. Dinter erwiderte hierauf, daß von einer jüdischen Zentrale aus, die aufzudecken ihm kürzlich gelungen sei, ein planmäßiges Kesseltreiben gegen ihn und die Führer der deutschjüdischen Bewegung eingeleitet habe. Die in seinem Buch aufgestellten Behauptungen über das Kol Nidre-Gebet und den Talmud seien keine Fälschungen, sondern objektiv erwiesene Wahrheiten. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Klee betonte demgegenüber, daß es keine jüdische Zentrale oder eine ähnliche Einrichtung gebe, die Dr. Dinter verfolge, sondern daß dieser vielmehr in mittelalterlicher Rohheit gegen 600 000 deutsche Staatsbürger kämpfe, die im Kriege ihr Deutschland mehr als hinreichend bewiesen hätten. Was die Frage der von Dinter verübten Fälschungen betreffe, so sei „Die Sünde wider das Blut“ im großen und ganzen als eine einzige Fälschung zu bezeichnen. Gehelrat Straß, in allen Talmudfragen eine unbestrittene Autorität, habe in einem Gutachten über das Buch wörtlich gesagt: „Ich als evangelischer Christ würde mich nicht wundern, wenn jemand, der solche Angriffe gegen die christliche Religion richten würde, als böswilliger Verleumder bezeichnet würde.“ Nach weiteren Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Cohn sowie des Rechtsbeistands Dinters, Rechtsanwalt Dr. Bartel, beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Termin Gutachten von Geheimrat Konig sowie von dem durch den Kläger als Sachverständigen benannten Chefredakteur Dr. Bischoff-Weipzig einzufordern.

Karten, Kokain und Morphium.

Aus dem Leben eines Spielers.

Durch unbefiegbare Spielleidenschaft, durch Kokain- und Morphiumgenuß hat sich der Kaufmann und Automobilhändler Herrmann Lucke materiell und körperlich vollständig ruiniert. Er stand wegen Verschwendung ihm nicht gehörender Automobile im Werte von vielen hunderttausend Mark unter der Anklage des Betrugs und der Unterschlagung.

Lucke betrieb im Westen ein großes Automobilgeschäft, hatte einen umfangreichen Laden mit großen Schaufenstern, in welchem immer eine größere Zahl von Automobilen zur Schau gestellt wurde, die bei ihm von den Besitzern zur Verkaufsvermittlung eingestell waren. Der Angeklagte nahm viel Geld ein, brachte aber die meisten Nächte am Spieltisch zu und verspielte alle seine nicht unbedeutenden Verdienste aus seiner Geschäftstätigkeit. Er hatte schon vom 14. Lebensjahre an dem Glücksspiel geirrt und ist dann dem Spielteufel vollständig zum Opfer gefallen, so daß er schließlich nur noch an den Spieltisch dachte und Frau und Kinder immer mehr vernachlässigte, so daß die Familie darben mußte. Obgleich er fortgesetzt Pech beim Spiele hatte, konnte er diese krankhafte Leidenschaft nicht mehr überwinden und es gingen viele, viele Tausende in den Wind. Er wurde dann auch Morphium- und Kokainraucher und sein Nervensystem wurde so ruiniert, daß ihm ein Pfleger gestellt werden mußte. Vorher hat er noch den „großen Schlag“ gemacht, der ihn nun auf die Anlegebank geführt hat. Er verkaufte sein Geschäft mit samt den ihm nicht gehörigen prachtvollen Automobilen für 300 000 M. an zwei Kaufleute, entloh mit dem Gelde nach Hamburg und dort die ganze Summe am Spieltisch verloren. Er ist zurzeit völlig apathisch. Während das eine Gutachten ihn zwar für stark minderwertig hält, aber nicht für geisteskrank im Sinne des § 51 StGB., gab Sanitätsrat Dr. Vahsen der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß der Angeklagte nicht für seine Tat verantwortlich zu machen sei. Er wurde denn auch vom Schöffengericht freigesprochen. Daraus ergab sich auch die Freisprechung der beiden wegen Heberei angeklagten Kaufleute, denen die Rechtsanwälte Dr. Fuppe und Dr. Klee zur Seite standen.

Die Jugend für die Republik.

Die Arbeiterjugend ruft auf, für die Republik zu demonstrieren. Am 7. Mai wird die Arbeiterjugend Groß-Berlins in Potsdam ihren Jugendtag veranstalten. Am Sonntag wollen die Massen der arbeitenden Jugend durch Potsdams Straßen ziehen und über ihren Zügen werden rote und schwarzrotdene Fahnen wehen; sie will zum Ausdruck bringen, daß auch Jugend zur Republik steht, daß aus den tiefen Kräfte wachsen, stark und freudig genug, dem neuen Staat zu dienen. Sie will als arbeitende Jugend ihren Willen zur hingebenden Mitarbeit am Wohl des Ganzen bekunden und beweisen, daß in den Herzen der jungen Generation unseres Volkes die Republik der Weimarer Verfassung lebt. In Potsdam, der Stadt des alten kaiserlichen Deutschlands, wird die Arbeiterjugend Berlins dieses Treubekennnis zur Republik ablegen. Alle, die sich mit der Jugend, der Republik und der Arbeiterklasse verbunden fühlen, müssen am Sonntag ihre Stimme mit erheben.

Die Linienumbenennungen bei der Straßenbahn.

Die vielfachen Änderungen in der Linienbezeichnung der Straßenbahnen durch Umlegung, Zusammenfügung oder auch Neueinrichtung sind vielfach von den Benutzern der Straßenbahn als eine Verkehrserleichterung kritisiert worden. Insbesondere bezieht die Direktion der Straßenbahn mit dieser Änderung der Bezeichnung der Linien eine Vereinfachung und Erleichterung im Zurechtfinden. Sämtliche Straßenbahnen werden durch die Umnummerierung in bestimmte Gruppen zusammengefaßt, die sich nach der Wagstrecke und dem Ziele der Linien richten. Solche Linien, die sich nur durch Abweichungen in der Linienführung auf den Endstrecken voneinander unterscheiden, erhalten ähnliche Nummern. z. B. ist die Linie 79 in die Linie 178 verwandelt worden, weil sie mit der Linie 76 größtenteils gleichläuft. Ebenso sind andere Nummern nach den Richtungen gewählt, wobei sie zu verstehen. Die Nummern unter 10 sind Ringlinien, die Linien 11, 12 usw. bis 19 verkehren nach Raabit, die Linien mit Nummernbezeichnung in den Zwanzigern fahren nach dem Norden usw., so daß bei der Durchführung der Umnummerierung schließlich die Möglichkeit einer leichten Orientierung geschaffen wird.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Am einen Tischende war für den Ehrengast eine Art Hochstuhl gebildet, ihm zur Seite saß seine Frau, auf der anderen die Frau des Amtsrichters. Und wie Nobby über diese Tafel blickte, — all diesen hübschen Damen in den hellen Seidenkleidern — diese hervorragenden Männer mit den steifen Hemdbrüsten — da mußte er sich zu seiner Frau wenden und flüstern: „Es ist ja hier genau wie auf unserer silbernen Hochzeit!“

Während der Suppe geriet Einar in eine politische Diskussion mit einem Reichstagsabgeordneten ihm gegenüber. Mehrere mischten sich hinein, und Einar wurde hitzig. Aber plötzlich war es, als ob ein Unsichtbarer ihm einen Rajenstüber verleihte, und eine inere Stimme rief ihm zu: „Ja, Einar, urteile du nur streng über andere, du bist selbst ja schon ein Heid!“

Und mit einemmal senkte er den Kopf und schwieg, und fühlte, daß er rot wurde.

Laura hatte wirklich den Fortskandidaten zum Tischherrn bekommen, und wenn er auch ihr neues Kleid noch nicht bewundert hatte, erschien ihr doch alles wie in einem wunderbaren goldenen Nebel, und sie träumte sich fast auf ihrer eigenen Hochzeit.

„Wenn das Essen zu Ende ist, müssen Sie mir etwas beiläufig sein“, sagte er zu ihr.

„Wobei?“ fragte sie gespannt und bemühte sich, eine widerspenstige Locke aus der Stirn zu streichen.

„Das erfahren Sie jetzt noch nicht, warten Sie nur ab.“

Als der Braten endlich kam, stand der Direktor der Volkshochschule auf und schlug an sein Glas.

Jetzt kam für Frau Thora der große Moment, und sie fühlte ihr Herz vor Freude und Stolz klopfen. Denn zwischen dem Direktor Heggen und Knut Nobby waren so viele Streitigkeiten gewesen. Aber jetzt stand Heggen dort und sollte die Festrede auf seinen Widerpart halten. Und das war ihr Werk. Auch zwischen dem Direktor und dem alten Amtsrichter hatte es viele Mißverständnisse gegeben. Aber jetzt hatte sie Heggen neben die Tochter des Amtsrichters gesetzt, — denn heute abend sollten sich alle gegenseitig finden und verstehen.

„Ist es nicht ein stattlicher Mann?“ flüsterte sie ihrem Tischherrn zu und blickte auf den Redner. Die Sonne war schon fast untergegangen, ihre letzten Strahlen spielten in den schönen Gläsern auf den Tischen und ließen die Tulpen in den großen Blumensträußen erglänzen.

Die Gabeln und Messer hörten auf zu klappern und die Gesichter richteten sich auf den stattlichen Direktor. Seine Stimme klang bewegt. Frau Thora hatte ihn nie so schön reden hören, wie jetzt, da er für seinen alten Gegner sprach. Er nannte dieses Fest ein Ereignis für die Gemeinde. In der einen Hand hielt er sein Glas, mit der anderen fuhr er sich durch seinen Bart und schaute durch seine Brille ins Weite. Die Sonne beleuchtete seine schöne Stirne.

Dies sei ein Ereignis, denn noch nie habe er so völlig verschiedene Menschen zu einem gemeinsamen Zweck vereinigt gesehen, im gemeinsamen Drange, etwas Gutes zu tun. In unserem schönen Lande sei es immer noch so, daß die Menschen sich durch jeden Quark und Nichtsnutz entzweien ließen. Aber das Fest heute sei wie das Zeichen einer neuen Zeit. Wie Olaf von Stillestad, glaube er über das ganze Land zu sehen, mit seinen blauen Bergen und tiefen Fjorden, über Dorf, Stadt, in tausend Herzen, — und er sehe den Tag kommen, daß alle Menschen sonntäglich zusammenkämen, sich brüderlich vereinigten zum Kampf gegen alles Schlechte und sich vereinten, dem zu helfen, der Unrecht leide. Welcher Religion, welcher Partei wir auch angehören — in einem werden wir hinfort einig sein, daß das rein Menschliche über allem Zwist steht. Und wenn der Mensch Nobby verfolgt wird und mit Schmutz beworfen, wie neulich, dann eilen wir herbei und schließen den Brüderring um ihn und sagen: „Hier sind wir, deine Brüder und Schwestern, Knut Nobby. Wir wollen dich reinwaschen. Hier sind wir!“

Während dieser ergreifenden Rede war kaum ein Atemzug zu hören. Nur oben am Tische erklang ein leises Weinen. Es war Frau Heggen, sie weinte immer, wenn ihr Mann sprach.

Immer mehr Gesichter wandten sich nach und nach von dem Redner auf die Ehrengäste. Frau Nobby lächelte, die Augen voller Tränen. Aber Nobby sah zu Boden und schüttelte bescheiden den Kopf, als wolle er sagen: „Nun aber Schluß, Heggen!“

Als endlich die Rede zu Ende war und man aufstand, um den Ehrengästen zuzutrinken, brüllte der Sägemüller: „Hoch soll'n sie leben, — Nobby und Frau! Hipp, hipp hurra!“ Des

Sägemüllers ausgelassene Stimmung riß alle mit und sie sangen und schrien hurra.

Angeborg hatte Tränen in den Augen. In ihr war eitel Freude, sie dachte daran zurück, wie geduldig der Vater jede Verfolgung ertragen hatte, sie dachte an ihre Gebete, und sah unwillkürlich nach oben: „Danke, mein Gott,“ dachte sie — „daß du mich erhörtest.“ — Und ihr war, als schwebten um die Häupter der Eltern eine Schar guter Geister.

Jetzt blickte sie die Mutter an. Beide hatten sie Tränen in den Augen und lächelten. Sie erinnerten sich der Nacht, als sie nach den Arbeiterumzügen auf Nobby nicht wagten, sich zu Bett zu legen.

Marit Nobby war es, als spülten ihre Tränen allen schlimmen Argwohn ab, und das war eine so schöne Empfindung, daß sie immerfort lächeln mußte.

Aber es wurde noch schlimmer, als nun Frau Thora von Lidarende sich erhob — nachdem die Gabeln und Messer eine Zeitlang wieder geklappt hatten — und die Rede auf sie hielt. Hier schlug ihr das Herz einer Frau und Mutter entgegen. Sie sprach von Martis Kampf, um ihren Mann in seinem Unglück aufrechtzuerhalten, während sie gleichzeitig bei dem todkranken Sohn wachen mußte. Das war eine Tat, eine weibliche Heldentat, wie sie selten bei Festen erwähnt wird, aber die so oft, so oft im stillen geschieht.

Niemals hatte eine Frau so gut gesprochen. Da stand sie, so schlank und jung, trotz ihrer fünfundsiebzig, so voller Feuer und Herzensgüte. Man mußte sich darüber wundern, daß diese Wärme sie nicht überwältigte und sie nicht in Weinen ausbrach. Sie lächelte die ganze Zeit, obwohl ihre Augen voller Tränen waren. Alle mußten zugeben, daß sie schön aussah, — in ihrem einfachen schwarzen Kleide mit dem kleinen weißen Spitzenkragen um den Hals. Kein Wunder, daß ihre Worte so von Herzen kamen, denn sie dachte die ganze Zeit an ihren eigenen Sohn, den kleinen Gunar von Lidarende, der jetzt mit Keuchhusten zu Bett lag.

Das Prosteln und Hurrarufen für Frau Nobby war ohrenbetäubend, und Marit brach in lautes Schluchzen aus. Denn das war wahr, es war eine schlimme Zeit für sie gewesen. —

Bei der Rede über seine Mutter und seine Krankheit wurde Einar mitgerissen, und bewegt erhob er sich, um mit seinen Eltern anzustoßen.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn man seiner Frau untreu wird...

Ein böses Abenteuer hat der Kassenbote S. erlebt, als er sich eines Abends auf einer Bummelfahrt befand.

Das unfehlbare „System“

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III hatte sich der Kaufmann Heinrich Liebanski wegen Konkursvergehens, fortgesetzten Betruges, unlauteren Wettbewerbes und gewerbmäßigen Glückspiels zu verantworten.

Heberfälle und nächtliche Unsicherheit.

In der vorvergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr wurde der 31 Jahre alte Wertzeugmeister Franz Fahrenländer, seine Ehefrau Gertrud, der 32 Jahre alte Werkmeister Walter Steffen und dessen 28jährige Ehefrau Hedwig an der Ecke der Beuffel- und Zwinglistraße in Roabit von 6 ihnen unbekanntem Männern überfallen und mißhandelt.

Der Tod eines alten Parteigenossen und Gewerkschaftlers wird uns aus Charlottenburg gemeldet, wofür unser Genosse Walter Albert Lange im 68. Lebensjahre verstorben ist.

Erziehung des freien Genossen findet am Freitag, den 5. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stahndorf statt.

Ein Geisteskranker im Adamskoffen erreichte vorgestern abend gegen 10 1/2 Uhr in der Köthener Straße am Königl.-Augusto-Ufer großes Aufsehen.

Laubenkolonisten in Treptow. Wir sind in der Lage, unsere Zeitung nach folgenden Laubenkolonien in Treptow durch Botenfrau zustellen zu lassen und bitten, evtl. Bestellungen telephonisch unter Anruf Moritzplatz 11753/54 und 15195/97 oder schriftlich an unsere Adresse gelangen zu lassen.

Sorgenfrei, Friedrichruh, Karlsruh, Karlshöhe, Belleme, Weißenecke, Pflanzerverein Dammed, Pflanzerverein Pappelweg, Rote Kreuz II, Heinrichslust, Alte Linde, Laborschöh, Transvaal, Windrose, Blumenfreude, Treptowruh I, Palmen-Wilde.

Gaspreis 4,30 M. Die Verwaltung der städtischen Gaswerke gibt in dem Anzeigenteil der heutigen Nummer den neuen Gaspreis und seinen Geltungsbereich bekannt.

Hochofendurchbruch bei Duisburg. In dem bei Duisburg gelegenen Hochfelder Hüttenwerk erfolgte gestern ein Hochofendurchbruch, der von sieben Explosionen begleitet war.

Weiter bis Sonnabend mittags: ziemlich mild und zeitweise heiter, aber sehr unbeständig mit wiederholten, im Küstengebiet vielfach starken, im Binnenlande schwächeren Regenfällen.

Advertisement for 'Die Baublüte in Werder a. H. in voller Pracht' featuring various theatrical performances, circus acts, and local news items.

Die Baublüte in Werder a. H. in voller Pracht

Sonderzüge und fahrplanmäßige Züge ab Potsdamer Bahnhof — Dampfer-Verbindung ab Jannowitz-Brücke.

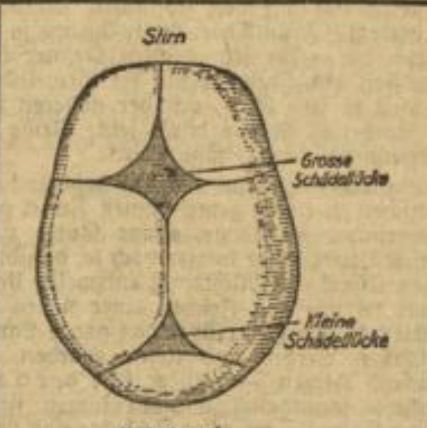
Was geschieht zur systematischen Bekämpfung der Rachitis?

Eine neue Errungenschaft deutscher medizinischer Forschung: Rachitis (englische Krankheit) ist jetzt sicher heilbar! Rachitis ist eine derart verbreitete Krankheit daß — was häufig unbekannt — fast jedes Kind in Mitteleuropa im ersten Lebensjahre eine rachitische Erkrankung durchmacht.

Die Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, gleichviel ob arm, ob reich, gut oder schlecht ernährt, auf dem Lande wie in der Stadt. Die Wirkung der bisherigen Behandlungsmethoden war meist langwierig und konnte daher oft eine Verkrüppelung nicht mehr verhüten.

Ausblicke der neuen Entdeckung: Da es möglich ist, im Monat 192 Kinder und im Jahre weit über 1000 Rachitiker mit einem einzigen Apparat zu heilen und jeder nur einen Monat hindurch vorbeugend bestrahlt Säuugling vor späterer rachitischer Erkrankung geschützt ist, so sollten alle Eltern, Stadtverordnete, Volksfreunde, Betriebsräte darauf dringen, daß alle Kinder im ersten Lebensjahre systematisch einer Bestrahlungskur zugeführt werden.

Eine Unterlassungssünde würde vorliegen, wenn Dr. Huldshinsky's Forderung unbeachtet bleibt: „Die Schutzbestrahlung gegen Rachitis sollte so allgemein eingeführt werden wie die Schutzimpfung gegen die Pocken.“



Die normalen (also nicht rachitischen) Schädelöffnungen des Säuglings von oben gesehen. Die große, viereckige liegt über der Stirn, die kleine, dreieckige am Hinterkopf.

„Künstliche Höhensonne — Original Hanau“ — sind für Aerzte oder Kliniken bestimmte Apparate zur Erzeugung unsichtbarer ultravioletter Strahlen, des Hauptheilfaktors der Hochgebirgskuren. Ein Verkauf an Private findet nicht statt.

Verlangen Sie zur Begründung von Anträgen das „Rachitis-Merkblatt für Mütter und Pflegerinnen“ kostenlos! Vorführung der Apparate in den Niederlassungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG).